



**HSGB**  
HESSISCHER STÄDTE-  
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessischer Landtag  
Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses  
Frau Kerstin Geis MdL  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden  
d.erdmann@ltg.hessen.de

Referent(in) Herr Dr. Rauber  
Abteilung 1.2  
Unser Zeichen 1-Dr.R./SI

Telefon 06108 6001-20  
Telefax 06108 6001-57  
E-Mail hsgb@hsgb.de

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht  
Datum 31.10.2022

**Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz für die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahr 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) Drucks. 20/9251;  
hier: Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände**

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende Geis,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die uns eingeräumte Gelegenheit zur schriftlichen und mündlichen Stellungnahme danken wir sehr herzlich.

An der mündlichen Anhörung wird Geschäftsführer Dr. David Rauber teilnehmen. Mit der Weitergabe unserer Stellungnahme und des stenografischen Berichts der mündlichen Anhörung im Rahmen der Dokumentation des Gesetzgebungsverfahrens sind wir einverstanden. Mit der Veröffentlichung unserer Stellungnahme auf der Homepage des Landtags sowie des stenografischen Berichts auf der Internetseite sind wir ebenfalls einverstanden.

Zum Entwurf selbst führen wir aus:

Auch die kommunalen Haushalte stehen angesichts langfristig wirksamer Faktoren wie steigenden Fallzahlen im Bereich sozialer Leistungen (von Kinderbetreuung bis Eingliederungshilfe) vor immensen Herausforderungen; hinzu treten die hohen Zugangszahlen Geflüchteter und die hohen Preissteigerungen. Dem trägt der Haushaltsentwurf bei den Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände nur zum geringsten Teil Rechnung.

Hessischer Städte- und  
Gemeindebund e.V.  
Henri-Dunant-Str. 13  
D-63165 Mühlheim am Main  
Telefon 06108 6001-0  
Telefax 06108 6001-57

**BANKVERBINDUNG**  
Sparkasse Langen-Seligenstadt  
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31  
BIC: HELADEF1SLS  
Steuernummer: 035 224 14038

**PRÄSIDENT**  
Matthias Baaß  
**ERSTER VIZEPRÄSIDENT**  
Markus Röder  
**VIZEPRÄSIDENT**  
Dr. Thomas Stöhr

**GESCHÄFTSFÜHRER**  
Harald Semler  
Johannes Heger  
Dr. David Rauber



Alle drei Kommunalen Spitzenverbände haben daher ein gemeinsames Positionspapier Finanzen mit finanziellen Positionen und Forderungen an das Land Hessen formuliert. Auch die Gremien des HSGB haben das Papier einstimmig befürwortet. Das gemeinsame Positionspapier ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt.

Aus Sicht der von uns vertretenen 400 kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist zum Entwurf des Weiteren Folgendes auszuführen:

## **1. Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

### **Kapitel 0305 – Sportförderung**

Im Rahmen der Zuschüsse für den Sportstättenbau ist hervorzuheben, dass im Interesse der Sicherung des Breitensports und des Schulschwimmens die Sanierung, Modernisierung und (Ersatz-) Neubauten von Hallen- und ggf. Freibädern weiterhin mit Investitionszuweisungen des Landes unterstützt werden sollten.

Angesichts der stark gestiegenen Energiepreise und der Energieintensität des Badebetriebs entstehen u.U. extreme kurzfristige Belastungen der Träger der Badeeinrichtungen führen. Hierfür sollte Vorsorge in Gestalt eines kurzfristig umsetzbaren Unterstützungsprogramms für den laufenden Betrieb geschaffen werden, da aktuell unklar ist, inwieweit die diskutierte Gaspreisbremse hier greifen würde.

Wir kündigen bereits an, dass wir mit Blick auf die Evaluation des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes (HFAG) neben der Investitionsförderung auch die Notwendigkeit einer angemessenen Betriebskostenförderung sehen.

### **Kapitel 319 – Brandschutz**

Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes ist ein Aufwuchs der Brandschutzförderung auf 45 Mio. € im Jahr 2024 vorgesehen. Diese erfasst sowohl Feuerwehrrhäuser als auch Feuerwehrfahrzeuge.

Ein absehbar hoher Investitionsbedarf wird weiterhin bestehen bleiben, weil stärker ausgestattete Fahrzeuge in der Regel auch einen erhöhten Platzbedarf mit sich bringen, woraus wiederum in vielen Fällen der Bedarf nach Neu- und Ausbauten der Gebäude erwächst. Im Bereich der Fahrzeuganschaffungen sind für Standardfahrzeuge Anschaffungskosten von mehr als 500.000 € pro Stück die Regel. Auch kleinere Neubauten von Gerätehäusern ohne

besondere Ausstattungsstandards schlagen in der Praxis von auch in günstigen Fällen nicht mit weniger als 2,5 Mio. € zu Buche. Unsere Mitglieder berichten im Bereich des Brandschutzes annähernd flächendeckend über einen hohen Investitionsbedarf. Verteilt auf die 422 Städte und Gemeinden ergäbe sich aus der jährlichen Fördersumme von 45 Mio. € rechnerisch ein Betrag von 100.000 € je Stadt oder Gemeinde für Investitionen im Brandschutzbereich. Es liegt auf der Hand, dass angesichts der geschilderten Größenordnungen der Investitionsbedarfe die Landesförderung damit nur eine sehr geringe entlastende Wirkung entfalten kann.

Daher ist eine Höherdotierung bei diesen im Einzelfall hohen und bezogen auf die einzelne Stadt oder Gemeinde nicht jährlich in gleicher Höhe wiederkehrende Höhe anfallenden Investitionen zwingend geboten. Auf die erhöhten finanziellen Belastungen in Folge von Inflation, Energiekrise und Lieferschwierigkeiten weisen wir hin.

Die Feuerwehrausstattung schaffen die Städte und Gemeinden allerdings auch in Erfüllung überörtlicher Aufgaben an, sodass wir insoweit die bestehende Finanzierungsverpflichtung des Landes betonen.

Wir regen auch dringend an, der Überlegung näherzutreten mit Blick auf die erforderlichen Klimaanpassungen landesseitig die Anschaffung spezieller Waldbrandbekämpfungsfahrzeuge je Landkreis zu übernehmen.

## **2. Einzelplan 08 – Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Mit Blick auf die Landesinvestitionsprogramme Kinderbetreuungsfinanzierung weisen wir erneut auf die Notwendigkeit hin, auch über das Jahr 2024 hinaus eine Anschlussfinanzierung regelmäßig vorzusehen und die aktuellen Fördersummen an die Preisentwicklung anzupassen. Die Tageseinrichtungen für Kinder sind intensiv genutzte Bestandteile der kommunalen Infrastruktur, sodass hier ein regelmäßiger Sanierungs- und Modernisierungsbedarf auf unabsehbare Zeit gegeben ist. Hinzu tritt der wachsende Bedarf nach Betreuungsplätzen aufgrund der deutlich höheren Anzahl von Kindern unter 6 Jahren.

Die Förderung muss zudem auf regelmäßig zu aktualisierende Mindestbeträge z.B. je geschaffenen Gruppenraum umgestellt werden. Aktuell sind insoweit Fördersätze als Prozentsatz der zuwendungsfähigen Ausgaben, „jedoch nicht mehr als“ (z.B. 250.000 Euro) festgeschrieben. Hier sollte eine verbindliche Regelung, z.B. durch Rechtsverordnung, erfolgen und

eine Auszahlung ausschließlich an die Standortgemeinden geregelt werden. In der aktuellen Konstruktion der Investitionsförderung erhalten die Jugendhilfeträger lediglich Budgets, die dann auf die jeweils zur Verwirklichung anstehenden Vorhaben verteilt werden. Die in den einschlägigen Verwaltungsvorschriften genannten „bis zu“-Förderhöchstsätze würden selbst bei Auszahlung in voller Höhe angesichts der Preisentwicklung nur eine rasch schwindende Entlastungswirkung entfalten (s. zu den vorstehend geschilderten Problematiken z.B. die Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuung“ 2021-2023, Staatsanzeiger Nr. 32/2021, S. 1052).

### **3. Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium**

Mit Blick auf die in Kapitel 0402 angesetzten Mittel zur Förderung des Ausbaus von Ganztagsangeboten für Kinder im Grundschulalter weisen wir bereits jetzt darauf hin, dass nach unserer Beurteilung eine Umsetzung des ab 2026/27 einsetzenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz im Kultusbereich den Vorrang vor einer – im Bundesgesetz angelegten – Umsetzung im Jugendhilfebereich haben sollte. Das Land steht hier nach unserer Beurteilung klar in einer Mehrbelastungsausgleichspflicht (Art. 137 Abs. 6 Satz 2 HV).

### **4. Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung**

Wir halten es nach wie vor erforderlich, den Festbetrag für das Ausgleichsjahr 2023 entsprechend der für 2024 in § 70b Abs. 4 atz 1 HFAG vorgesehenen Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes zu überprüfen. Ausweislich der gemeinsam getroffenen Übereinkunft zwischen der Hessischen Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden in Hessen zum Umgang mit den kommunalen Mitteln des Sondervermögens „Hessens gute Zukunft sichern“ gingen beide Seiten ausweislich der Vorbemerkung klar davon aus, dass die Corona-Virus-Pandemie die Finanzlage von Land und Kommunen erheblich verschlechtert und diese Auswirkungen nicht allein das Jahr 2020, sondern auch die Folgejahre betreffen würden. Daher hielten beide Seiten eine Stabilisierung des Kommunalen Finanzausgleichs für erforderlich. Mit Blick auf die gemeinsam erwartete Stabilisierungsnotwendigkeit wurde für 2023 ein Festbetrag für die Finanzausgleichsmasse vorgesehen und im HFAG in § 70b Abs. 2 Nr. 2 HFAG festgeschrieben.

Es ist zwischen Vertragspartnern richtigerweise angemessen und üblich, getroffene Vereinbarungen anzupassen, sofern die gemeinsam getroffenen und der Vereinbarung zugrunde

gelegten Annahmen sich nicht bestätigen. Die Steuereinnahmen des Landes haben sich bekanntlich schon in den Jahren 2021 und 2022 positiv entwickelt und der Haushaltsplan geht weiterhin von einer positiven Entwicklung aus. Das Land vereinnahmt hier einen beachtlichen Konsolidierungsbeitrag von der kommunalen Familie. Ihn sollte die Landesregierung beziffern und auf dieser Grundlage eine Neubewertung der Anpassungsnotwendigkeit zu Gunsten der Städte, Gemeinden und Landkreise vornehmen.

#### **5. Kapitel 1720 – Verwendung der Investitionspauschale**

Soweit im Kapitel 1720 vorgesehen ist, dass die Mittel der Investitionspauschale in Höhe von bis zu 35% für Maßnahmen des Bauunterhalts verwendet werden können, begrüßen wir die Beibehaltung dieses Haushaltsvermerks. Im Zuweisungserlass des HMdF sollte unmissverständlich klargestellt werden, dass diese im Haushaltsplan erfolgte Festlegung **der Erweiterung der Verwendungszwecke nach § 46 Abs. 2 HFAG** dient. Hier gab es in jüngerer Zeit immer wieder unterschiedliche Interpretationen zwischen Aufsichtsbehörden, Städten und Gemeinden, obwohl der gesetzgeberische Wille einer breiteren Verwendungsmöglichkeit im Haushaltsvermerk zum Ausdruck kommt. Dem könnten entsprechende Klarstellungen im Zuweisungserlass abhelfen.

#### **6. Kapitel 1720 – Zuweisungen aus dem KFA im Bereich des HMdF – Zuweisungen aus zu den Belastungen der Heilkurorte**

Der Hessische Städte- und Gemeindebund ist angesichts der überörtlichen Bedeutung des Heilkurortewesens der Auffassung, dass sich das Land mit originären Landesmitteln maßgeblich auch an den Betriebskosten dieser gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Gesundheitsinfrastruktur beteiligen muss. Dabei wären wir für eine damit korrespondierende Zuweisung aus dem KFA in Höhe des Ansatzes des Jahres 2022 und einer Dynamisierung anhand des Lebenshaltungskostenindexes einverstanden.

#### **7. Kapitel 1724 – Zuweisungen aus dem KFA im Bereich des HMdIS – Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock**

Die per Haushaltsvermerk (§. 155) vorgesehene Deckungsfähigkeit der dem Landesausgleichsstock im Rahmen der Abrechnung des KFA zugeflossenen Mittel zur Deckung etwaiger Mindererträge bzw. –einnahmen bei der ÖPNV-Förderung bei Kapitel 0715, Produkt 69 sehen wir kritisch. Sowohl eine Befrachtung des KFA zulasten der Schlüsselzuweisungen als



auch des gerade für unvermeidbare Härten bei finanzschwächeren Kommunen gedachten Landesausgleichsstocks zugunsten der ÖPNV-Finanzierung stellt die Zwecksetzung von Schlüsselzuweisungen und Landesausgleichsstock in der Sache auf den Kopf. Müssten die Aufgabenverantwortlichen Landkreise und kreisfreien Städte die Finanzierungslücken der Verkehrsverbünde anteilig tragen, würden dadurch insbesondere die sehr steuerertragsstarken kreisfreien Städte wesentlich stärker ihrer Mitfinanzierungsverantwortung gerecht. Die Befrachtung des KFA bei Schlüsselzuweisungen und/oder Landesausgleichsstock geht hingegen überproportional zulasten der finanziell schwächer gestellten insbesondere kreisangehörigen Städte und Gemeinden und der Landkreise. Dieser „Finanzierungsansatz“ ist auf Dauer weder akzeptabel noch tragfähig und muss schnellstmöglich revidiert werden.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Stellungnahme einschließlich der gemeinsamen Forderungen mit unseren Schwesterverbänden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. David Rauber

Geschäftsführer

**Anlage:**

**Gemeinsames Forderungspapier**

# Positionspapier Finanzen der Kommunalen Spitzenverbände in Hessen

## Finanzielle Positionen und Forderungen an das Land Hessen

Insbesondere mit Blick auf die bevorstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 des Landes Hessen werden im vorliegende Positionspapier die wichtigsten und drängendsten finanziellen Fragestellung und Anliegen aus Sicht der Kommunalen Familie in Hessen zusammengefasst. Es handelt sich dabei nicht um eine vollständige Auflistung, sondern lediglich um eine Zusammenfassung zentraler Positionen der Kommunalen Spitzenverbände in Hessen.

### **1. Landeswohlfahrtsverband Hessen**

**Wir fordern für die Jahre 2023 und 2024 jeweils mindestens 100 Mio. Euro p.a. zusätzlich zur Unterstützung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.**

Wie bereits bei verschiedenen Gelegenheiten ausführlich gegenüber der Landesregierung dargelegt, sieht sich der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) neben der Erbringungen „systemwidriger Leistungen“ und deutlicher Tarifsteigerungen mit stark steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe konfrontiert. Diese Entwicklungen führen zu einer erheblich steigenden LWV-Umlage, wodurch die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte alleine im Jahre 2022 mit 129,8 Mio. € zusätzlich belastet wurden (nach bereits rund 62 Mio. € zusätzlich im Jahr 2021).

Steigende Fallzahlen, Fachkräftemangel und Inflation führen auch bei den örtlichen Trägern der Eingliederungshilfe im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu erheblichen Kostenbelastungen. Wir erwarten vom Land daher auch eine Finanzausgleichsstruktur, mit der die weiter steigenden Bedarfe unbürokratisch und zeitnah – etwa über eine Finanzstatistiksystematik – ausgeglichen werden.

Diese enorme Kostenbelastung der kommunalen Familie wird künftig nicht mehr ohne finanzielle Hilfen Dritter und hier insbesondere des Landes Hessen geschultert werden können. Für das Jahr 2023 dürfte sich nach unserem Kenntnisstand erneut ein erheblicher Verbandsumlagemehrbedarf beim LWV Hessen einstellen, welcher sich nach ersten Schätzungen in einer Größenordnung von rund 100 Mio. Euro bewegen könnte und hinsichtlich dessen wir das Land dringend gefordert sehen.

## **2. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

**Wir fordern, dass das Land für die Jahre 2023 und 2024 zum Gelingen der Verkehrswende das volle Mitteldelta im Bereich des ÖPNV in Höhe von mindestens 427,5 Mio. Euro trägt (2023: 29 Mio. Euro, 2024 78,5 Mio. Euro; streitiges Einsparpotential 160 Mio. Euro p.a.), da wir das vom Land vermutete Einsparpotenzial bei den Verbünden derzeit ausdrücklich nicht anerkennen.**

Die Finanzierungslage des ÖPNV in Hessen ist bereits jetzt angespannt. Es steht zu erwarten, dass der Mittelbedarf für den ÖPNV aufgrund der Entwicklung der Lohn- und der Energiekosten und der im Lichte der Energie- und Mobilitätswende notwendigen Investitionen weiter deutlich steigen wird. Kommt es jetzt zu Kürzungen im ÖPNV wird die dringend gebotene Verkehrswende ins Gegenteil verkehrt. Hinzu kommen die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den ÖPNV.

Derzeit streben Landesregierung und Verkehrsverbünde an, eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2023-2024 abzuschließen. Gegenüber der Bedarfsanmeldung der Verkehrsverbünde besteht nach derzeitigem Verhandlungsstand mit dem Land eine Deckungslücke von 435 Mio. Euro für besagten Zeitraum. Neben höheren Regionalisierungsmitteln des Bundes und höheren Landesmitteln soll diese zu einem guten Drittel durch die kommunale Ebene geschlossen werden. Wir lehnen es ab, die dafür vorgesehenen Beträge i.H.v. 29 Mio. Euro für 2023 und 78,5 Mio. Euro für 2024 aus kommunalen Mitteln zu finanzieren.

Für die ursprünglich geplante Laufzeit 2023 bis 2027 hatten die Verkehrsverbünde einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 6,3 Mrd. Euro beim Land angemeldet, was einem Mehrbedarf von 2,3 Mrd. Euro entspräche. Die Fachleute befürchten allerdings, dass wegen steigender Energiekosten und Tariflöhnen die Finanzierungslücke auf 2,8 Mrd. Euro aufwachsen wird. Die Vorstellung des Landes, man könne das Finanzierungsdelta durch entsprechende Einsparungen rund 0,8 Mrd. Euro verschmälern, weisen die Kommunalen Spitzenverbände als unrealistisch zurück. (0,8 Mrd. Euro entspricht 160 Mio. Euro p.a.).

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass mehr als  $\frac{3}{4}$  der Kosten des ÖPNV im Bereich des (regionalen) SPNV und des regionalen Busverkehrs entstehen. Auch deswegen sehen wir das Land hier in einer besonderen Finanzierungsverantwortung.

Die Kommunen geben enorme Mittel nicht nur über den Kommunalen Finanzausgleich, sondern auch über den Querverbund in ÖPNV.

Die erheblichen Mittelbedarf im Bereich des ÖPNV können angesichts der großen Herausforderungen, welchen sich die kommunale Familie derzeit gegenüber sieht, nicht über das bisherige Maß hinaus durch die kommunale Ebene getragen werden. Im Grundsatz muss eine ausreichende Finanzierung des ÖPNV in Hessen und der Verbünde daher im Wege der Bereitstellung zusätzlicher originärer Landesmittel erfolgen.



### **3. Krankenhäuser**

**Wir fordern für die Hessischen Krankenhäuser eine Erhöhung der Investitionszuweisungen des Landes aus originären Landesmitteln um mindestens 150 Mio. Euro für 2023. Für 2024 fordern wir mindestens 160 Mio. Euro.**

Das Land Hessen muss sich viel stärker für die zukünftige Sicherung der Krankenhausfinanzierung engagieren.

Die finanzielle Lage der Krankenhäuser in Hessen während der Corona-Pandemie ist im Allgemeinen als kritisch einzustufen. Auch die kommunalen Krankenhausträger mussten in den vergangenen Jahren in hohem Maße Defizite bei kommunalen Krankenhäusern ausgleichen und entsprechenden Zuweisungen aus den öffentlichen Haushalten gewähren.

Konkret stellt sich die Situation in Hessen so dar, dass alle Kommunen über Umlagen einen erheblichen Teil der Krankenhausinvestitionen mitfinanzieren. Darüber steuern jene Kommunen, die selbst Krankenhausträger sind, im Wege des bereits angesprochenen Defizitausgleichs erhebliche Mittel bei, um den Betrieb der kommunalen Krankenhäuser sicherzustellen. Die Kommunen finanzieren also ein Defizit, welches daraus resultiert,

- dass einerseits das Land seiner Investitionsverpflichtung nur unzureichend nachkommt. Der Anteil originärer Landesmittel an der Krankenhausfinanzierung beträgt nur rund 5 Prozent.
- dass andererseits keine vollumfängliche Refinanzierung der dringend erforderlichen Leistungen durch das ausschließlich auf Leistungsmengen ausgerichtete bundeseinheitliche Vergütungssystem gewährleistet wird. Bekanntlich werden von den jetzigen knapp 300 Mio. Euro Investitionsmitteln pro Jahr nur unmittelbar knapp 20 Mio. durch das Land aufgebracht werden.

Die Kommunalen Spitzenverbände in Hessen fordern daher gemeinsam mit der Hessischen Krankenhausgesellschaft eine Erhöhung der Investitionszuweisungen des Landes aus originären Landesmitteln um mindestens 150 Mio. Euro p.a.

### **4. Asyl/Flüchtlinge**

**Wir fordern für den Bereich Asyl und Flüchtlinge zusätzliche KdU-Mittel in Höhe von mindestens 120 Mio. Euro p.a. zuzüglich einer Erstattung der nicht durch die LAG-Pauschalen abgedeckten Aufwendungen in Höhe von mindestens 50 Mio. Euro p.a.**

Der Wegfall der bis Ende des Jahres 2021 befristeten vollen Übernahme der flüchtlingsbedingten SGB II-Unterkunftskosten (KdU) führt zu einer jährlichen Aufwandsbelastung bei den kreisfreien Städten und Landkreisen, welche sich für das laufende Jahr in einer Größenordnung von rund 120 Mio. Euro bewegt. Hinzu tritt Jahr für Jahr die Aufwandsbelastung durch Asylbewerber, für die keine LAG-Pauschalen mehr gewährt werden, die sich aber unverändert im Leistungsbezug durch die kreisfreien Städte und Landkreise befinden. Hier gehen wir alleine für das Jahr 2022 von einem Aufwand in den Haushalten von rund 50 Mio. Euro aus.

In der gemeinsamen Verabredung zur Novellierung des Landesaufnahmegesetzes (LAG) und Anpassung der Erstattungsleistungen nach dem LAG vom 21. Januar 2020 zwischen Land und Kommunen wurde in diesem Zusammenhang unter den „ergänzenden Rahmenbedingungen“ unter Nr. 4 folgendes festgehalten: „Sofern der Bund die KdU-Erstattung nicht mehr vollständig übernimmt, erfolgt hinsichtlich des Integrationsgeldes eine erneute Bewertung.“

Noch nicht enthalten sind in diesen Mehrkosten die weiteren durch die Aufnahme, Unterbringung und Integration der Ukraine-Flüchtlinge entstehenden Zusatzbelastungen, die vollständig von Bund und Land zu übernehmen sind.

Hinsichtlich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer finanzieren Städte und Landkreise seit Jahren die Unterfinanzierung des Landes und sehen sich von Vorhaltekosten bis Investitions- und Betriebskosten erheblichen Kostenforderungen der Leistungserbringer ausgesetzt.

## **5. Digitalisierung Schulen**

**Wir fordern den Einstieg des Landes in die Kofinanzierung der Digitalisierung unserer Schulen mit zusätzlichen mindestens 100 Mio. Euro p.a.**

Der Bund stellt den Ländern bekanntlich insgesamt 5 Mrd. Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren (2019 – 2024) für Investitionen in die Digitalisierung der Schulen über das Programm "DigitalPakt Schule" zur Verfügung. Auf Hessen entfällt hiervon ein Anteil von rd. 372,1 Mio. Euro.

Hessischer Landkreistag und Hessischer Städtetag haben wiederholt darauf hingewiesen, dass der Digitalpakt lediglich eine zeitlich begrenzte Projektförderung darstellt. Offen ist nach wie vor die Frage, wie sich die Landesförderung für IT-Geräte, Netzwerke und Support nach der fünfjährigen Projektförderdauer des Digitalpakts gestaltet. Das Land kann nicht davon ausgehen, dass die Schulträger eine IT-Ausstattung auf einem Niveau, das durch den DigitalPakt erreicht wurde, aus eigenen Mitteln unverändert fortführen können, bzw. werden.

Die Schulträger benötigen daher nicht erst für die Zeit nach dem DigitalPakt Investitionssicherheit und erwarten in diesem Punkt tragfähige Zusagen der Hessischen Landesregierung. Erforderlich ist künftig eine hinreichende, dauerhafte und gesetzlich normierte Beteiligung des Landes Hessen an

den Kosten der Digitalisierung der Schulen. Hieraus dürfte ein anfänglicher und durch das Land zu finanzierender Mittelbedarf von 100 Mio. Euro p.a. erwachen, welcher sodann in den Folgejahren fortzuschreiben ist.

## **6. Investitionsförderung Kindertagesstätten**

**Wir fordern einen Einstieg in den notwendigen Mittelaufwuchs für die Investitionen in unsere Kindertagesstätten von 100 Mio. Euro und für die Betriebskosten von 50 Mio. Euro 2023. Für 2024 fordern wir insgesamt 160 Mio. Euro.**

Der Investitionsbedarf im Bereich der Kindertagesstätten bleibt auf hohem Niveau. So gibt es deutlich mehr Kinder unter sechs Jahren als noch vor zehn Jahren. Und nicht zuletzt aufgrund der guten Arbeitsmarktlage werden die Angebote auch rege genutzt. Hinsichtlich der künftigen Finanzierung des Ausbaubedarfs und der hiermit zusammenhängenden Investitionskosten im Bereich der Kinderbetreuung wurden in der jüngeren Vergangenheit an verschiedenen Stellen zusätzliche Mittel durch Bund und Land bereitgestellt. Die Kommunalen Spitzenverbände bewerten diesen Mittelaufwuchs positiv. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die verfügbaren Mittel nach wie vor alles andere als auskömmlich sind, weil sie nicht alle aktuell anstehenden Vorhaben decken. Aufgrund der aktuellen Baupreisentwicklung decken selbst die höchstmöglichen Fördersätze nur einen kleineren Teil der Investitionskosten, was die kommunalen Haushalte zusätzlich belastet.

## **7. Ganztagsförderungsgesetz**

**Wir fordern eine Kofinanzierung des entsprechenden Bundesprogramms in voller Höhe durch das Land. Das erfordert nach unseren Berechnungen eine Mittelbereitstellung von 30 Mio. Euro p.a. durch das Land erforderlich machen würde (für 2023-2025 knapp 90 Mio. Euro). Für die Finanzierung der Ganztagsförderung reicht diese Summe bekanntlich bei Weitem nicht aus.**

In der jüngeren Vergangenheit haben insbesondere der Bund aber auch das Land zusätzliche investive Mittel bereitgestellt, um den Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter voranzubringen, welcher aufgrund des bis 2025 einzuführenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschuldkinder notwendig wird.

Das Land Hessen setzt den Schwerpunkt bei der Betreuung von Grundschulkindern auf den Ausbau der schulischen Ganztagsbetreuung. Die Organisation der Betreuung außerhalb der Unterrichtszeit wird maßgeblich von den Schulträgern, Standortgemeinden und den freien Trägern sichergestellt. Ob die bislang von Bund und Land bereitgestellten Mittel für die Abdeckung der hieraus im investiven Bereich entstehenden zusätzlichen Bedarfe ausreichen werden, bezweifeln wir. Verbleibende Finanzbedarfe müssten die Kommunen alleine abdecken, im Zweifel per Steuererhöhung und Kredit-

aufnahme. Als zusätzliche finanzielle Herausforderungen werden in diesem Bereich die Betriebskosten hinzukommen, die derzeit bundesweit auf jährlich 4,45 Mrd. Euro ab 2025 geschätzt werden. Hierauf gilt es in künftigen Landeshaushalten zu reagieren.

## **8. Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG)**

**Wir fordern 180 Mio. Euro für 2023 und 185 Mio. Euro für 2024 zur Sicherstellung der auskömmlichen Finanzausstattung unserer Jugendämter.**

Die letzten beiden Legislaturperioden des Bundes haben eine erhebliche Anzahl an neuen Regelungen in der Jugendhilfe mit sich gebracht, die Rechtsansprüche implementieren und detaillierte Verfahren- und Beteiligungsstrukturen vorschreiben, von denen nicht flexibel und dem Bedarf entsprechend abgewichen werden kann. Für diese immensen Personalbedarfe haben weder Bund noch Land nennenswerte Kostenausgleiche vorgelegt. Die Ressourcen werden von den kreisfreien Städten, Landkreisen und Sonderstatusstädten vorfinanziert.

Wir erwarten daher einen kostendeckenden Ausgleich für die zwingend vorgeschriebenen Personalmehrbedarfe und einen angemessenen Kostenausgleich im Bereich der Aufgaben, bei denen den genannten Gebietskörperschaften Steuerungsspielräume verbleiben, der sich nach Einschätzung der Gebietskörperschaften mit Jugendamt auf rund 180 Mio. EUR pro Jahr beläuft.

## **9. Sozialhilfe**

**Wir fordern, dass sich das Land mit einer nennenswerten Summen an den geschätzten Gesamtinvestitionskosten von 196 Mio. EUR mit originären Landesmitteln beteiligt, für die Jahre 2023 und 2024 jedoch mit mindestens 49 Mio. Euro p.a.**

Auch bei den Trägern der Sozialhilfe sind erhebliche Mehrbedarfe festzustellen. Steigende Qualitätsanforderungen – etwa durch das *Hessische Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen* (HGBP) –, Baupreissteigerungen, Fachkräftemangel, politisch verkündete und gesetzlich festgelegte Ansprüche und gesellschaftliche Veränderungen führen zu einem enormen Anstieg der Ausgaben. Bei den Investitionskosten in Altenpflegeeinrichtungen etwa ist mit einer Verdopplung der jetzigen Platzkosten („Bettenwert“) innerhalb der letzten fünf Jahre zu rechnen.

Wir erwarten, dass sich das Land an diesen Investitionskosten, die für eine Einrichtung mit 70 Plätzen 9,8 Mio. EUR – bei erwarteten 20 Neubauten im Land – 196 Mio. EUR betragen, mit originären Landesmitteln nennenswert beteiligt.

## Zusammenfassung

Aus den vorstehend dargestellten Forderungen ergeben sich nach Blick auf den Haushalt des Landes Hessen für die Jahre 2023/2024 in Summe folgende Finanzierungsbedarfe:

	<b>2.023,00</b>	<b>2.024,00</b>	<b>Summe</b>
1	100,00	110,00	210,00
2	189,00	238,50	427,50
3	150,00	160,00	310,00
4	170,00	170,00	340,00
5	100,00	105,00	205,00
6	150,00	160,00	310,00
7	30,00	30,00	60,00
8	180,00	185,00	365,00
9	49,00	49,00	98,00
<b>Summe</b>	<b>1.118,00</b>	<b>1.207,50</b>	<b>2.325,50</b>

Daten: Quelle der Daten: teilweise HMdF,  
weitgehend eigene Berechnungen der  
Verbände. Zahlen Mio. Euro (außer  
Jahreszahlen)